

Sozialagenda - Ulm

Die Sozialagenda –» Ulm – eine Stadt der Solidarität«

»Eine Stadtgesellschaft benötigt solidarische Grundwerte. Individualisierung darf nicht zwischenmenschliche Gleichgültigkeit und soziale Isolation zur Folge haben. Deshalb wollen wir die Partnerschaft für eine menschenwürdige Stadt fördern. Über die Widersprüchlichkeiten und Gegensätzlichkeiten der modernen Stadtgesellschaft hinweg muss eine Bürgersolidarität entstehen, die Ausgrenzung und soziale Kälte verhindert und die bereit ist, zu teilen. Grundvoraussetzung dafür ist die gleichmäßige Beteiligung aller Bürger/innen an den gesellschaftlichen Prozessen.« (Auszug aus dem Ulmer Zukunftsmanifest, 1999)

Beschreibung der Methode

Der Sozialdiskurs rief 1999 alle Ulmer Bürger/innen dazu auf, ihre Vorstellungen für die künftige Sozialpolitik in Ulm zu benennen. Der im Ulmer Zukunftsmanifest formulierte Grundsatz »Ulm – eine Stadt der Solidarität« wurde als Leitbild für diesen sozialpolitischen Diskurs vom Fachbereichsausschuss Jugend, Familie und Soziales vorgegeben. Ein halbes Jahr lang diskutierten in der Stadt



Das »Netz der Solidarität« wird von allen gemeinsam gestützt

Bürger/innen, unterschiedliche Gruppierungen, Organisationen und Initiativen, sowie Vertreter/innen von Politik und Verwaltung in vier Bausteinen, welche extern moderiert wurden, über die Verbesserung der Solidarität in der Stadt Ulm.

Insgesamt fanden 20 meist öffentliche Veranstaltungen unter der Beteiligung von ca. 500 Personen statt.

In einer gemeinsamen Veranstaltung aller Akteure wurden die erarbeiteten Empfehlungen dem Oberbürgermeister übergeben.

Ziele

Als Teilbereich der Lokalen Agenda 21 war die primäre Zielsetzung der Sozialagenda die stärkere und nachhaltige Einbindung des Sozialbereichs in diesen Prozess und durch den Projektcharakter des Diskurses, seine zeitlich Begrenzung, die Realisierung von Ergebnissen in einem überschaubaren Zeitraum. Die vier Bausteine sollten Schnittstellen zu bislang nicht eingebundenen bzw. zu anderen bürgerschaftlichen Prozessen in der Stadt Ulm, wie dem Ulmer Dialogmodell der Gemeinwesenarbeit, sicher stellen. Die Prozesse zu verknüpfen, Ressourcen zu finden und Innovationspotentiale aufzudecken war eine weitere Intention.

Das Ulmer Zukunftsmanifest und hier der Bereich »Ulm – eine Stadt der Solidarität« sollte von den Akteuren überprüft und spezifiziert werden. Durch die Empfehlung von Maßnahmen zur Verbesserung der Solidarität aus den vier Bausteinen heraus und deren Zusammenführung bzw. Priorisierung sollte eine breite gemeinsame Basis bei allen Akteursgruppen für die letztendlich umzusetzenden Projekte geschaffen werden. Den gegenseitigen Austausch zu fördern und das Verständnis der Akteure füreinander zu verbessern war ein weiteres Anliegen.

Sozialagenda - Ulm

Zielgruppen

In den vier Bausteinen waren über den Baustein 1 Vertreter/innen von Interessengruppen wie der AIDS-Hilfe bis hin zum Verband alleinstehender Mütter und Väter, im Baustein 2 repräsentativ ausgewählte Bürger/innen, im Baustein 3 Vertreter/innen von Stadtteilprojekten und Fachkräfte der Gemeinwesenarbeit und schließlich im Baustein 4 die Vertreter/innen aus Politik und Verwaltung beteiligt.

Akteure und ihre Rollen

Baustein 1 - Interessengruppen

Die 40 Teilnehmer sammelten und präsentierten Erfahrungen zu solidarischem Verhalten aus ihren Tätigkeitsfeldern. In *Diskussionsrunden* wurden Rahmenbedingungen und Voraussetzungen beschrieben, die die Gruppen brauchen, um ein Klima der Solidarität untereinander zu gestalten und zu fördern. Viel Raum nahmen die Themen ‚Unüberschaubarkeit im Initiativendschub‘ und ‚Konkurrenz um die Sicherung von Ressourcen für eine nachhaltige Arbeit von bestehenden Initiativen‘ ein. Die Interessengruppen machten deutlich, dass viel davon abhängt, wie Barrieren abgebaut werden, zwi-

schen Initiativen, gegenüber der Bürgerschaft, aber auch im Zusammenspiel mit Politik und Verwaltung.

Baustein 2 - Bürgergruppe

Die 20 repräsentativ ausgewählten Bürger/innen als Vertreter der Bürgerschaft erarbeiteten in der sogenannten *Konsensuskonferenz* Empfehlungen. Diese Methode der Beteiligung ist in Ulm schon einmal im Umweltdiskurs erfolgreich angewendet worden. Das Verfahren stammt aus Dänemark. Interessierte Bürger/innen die einen repräsentativen Querschnitt der Ulmer Bevölkerung bilden, lassen sich zunächst von Interessenvertretern und Experten, also »Profis«, über ein Thema so umfassend wie möglich informieren. Danach beraten die »Laien« untereinander, halten wenn nötig nochmals Rücksprache mit einzelnen Experten und geben einvernehmlich (daher der Name Konsensus = Übereinstimmung) eine Empfehlung an die politischen Entscheidungsträger ab.

Baustein 3 – Stadtteilprojekte

In den Stadtteilgesprächen wurden von den 50 Teilnehmern vielfältige Ansätze von solidarischem Verhalten im Alltag entdeckt und erörtert. Die *Solidarität durch kleine Spuren* wurde für die Beteiligten der Stadtteil-

le sichtbar und erlebbar.

Baustein 4 – Politik und Verwaltung

Die 30 Teilnehmer/innen schätzten das gemeinsame, themenübergreifende Nachdenken. Über die Qualität des Austausches und der daraus entstandenen Ideen zeigten sich alle positiv überrascht. Im Wechsel von Kleingruppenarbeit, Diskussionen im Plenum und themenbezogenen Impulsen entwickelte sich eine anregende Atmosphäre. Die Qualitäten bestehender Projekte konnten wahrgenommen und wertgeschätzt werden. Es entwickelten sich kreative Ideen zu solidarischem Verhalten, initiiert oder angeboten von Verwaltung oder Politik. Besonders deutlich wurden die Notwendigkeit und der Gewinn einer ressortübergreifenden Kommunikation und Zusammenarbeit. Die Teilnehmer/innen betonten wiederholt, wie bedeutsam eine *Kultur der Offenheit* für das angestrebte Miteinander von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung ist.

Interaktionen

Die vier Bausteine waren als Workshops bzw. der Baustein 2 der Bürgergruppe als Konsensuskonferenz angelegt. Die Teilnehmer/innen an den Bausteinen arbeiteten in

diesen Veranstaltungen unter sich. Je nach Thema wurden Fachleute eingeladen. Mehrmals wurden die Ergebnisse in öffentlichen Veranstaltungen diskutiert und einem breiten Publikum zugänglich gemacht. Nach Übergabe der Empfehlungen aus den vier Bausteine an den Oberbürgermeister erstellte die Verwaltung zusammen mit den beteiligten Akteuren der vier Bausteine eine gemeinsame Beschlussvorlage, welche die Vielzahl der Vorschläge, Leitlinien und Projekte in einer Gesamtübersicht darstellte. In der öffentlichen Fachbereichsausschusssitzung Soziales wurde am 12. Mai 2000 diese »Sozialagenda« von allen beteiligten Akteuren mit der Politik diskutiert und anschließend beschlossen.

Während des gesamten Prozesses zur Erarbeitung der Sozialagenda wurden regelmäßig die Teilnehmer des gesamten lokalen Agenda 21 Prozesses, sofern sie nicht schon mit eingebunden waren, informiert. Zusätzlich wurden die Ergebnisse/ Empfehlungen in einer Ausstellung im Rathaus der Öffentlichkeit präsentiert.

Aufwand/ Ressourcen

Mit der Moderation der vier Bausteine waren zwei externe Teams beauftragt. Die Organi-

Sozialagenda - Ulm

sation der Veranstaltungen übernahm die Verwaltung in Kooperation mit dem Bürgerbüro Zebra e.V. Die Abschlussveranstaltung organisierte das Bürgerbüro Zebra zusammen mit der Volkshochschule Ulm; Diese erstellen auch eine Dokumentation der Veranstaltung. Insgesamt entstanden beim Sozialdiskurs Kosten von ca. 130.000.- DM ohne Personal und Sachkosten der Verwaltung. In dieser Summe sind besonders erwähnenswert die an die Bürger/innen bezahlten Aufwandsentschädigungen sowie zum Abschluss des Diskurses ein gemeinsames Abendessen der teilnehmenden Bürger/innen mit dem Bürgermeister.

Zusammenfassende Bewertung

Der Ansatz der Stärkung der Solidarität als künftiger Sozialpolitik in Ulm wurde von allen Beteiligten – Bürgern und Fachleuten – ausdrücklich bejaht und durch 8 Leitlinien konkretisiert. Von den 25 vorgeschlagenen Projekten zur Stärkung der Solidarität in Ulm werden nun vorrangig 8 Projekte umgesetzt. Beispielhaft sollen zwei kurz erläutert werden:

- Freiwilligen-Card: So wird im Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001 zur Stärkung der lokalen Anerkennungs-

und Beteiligungskultur eine Freiwilligen-Card eingeführt. Die Vergünstigungen der Card reichen von Ermäßigungen beim ÖPNV bis hin zu Angeboten einzelner Unternehmen wie beispielsweise einer Fahrschule, welche günstige Angebote zum Führerscheinwerb oder auch Sicherheitstrainingskurse anbieten wird. Bei einer vorab durchgeführten Befragung durch das Bürgerbüro Zebra wurden als wichtigste Leistungen einer Freiwilligen-Card genannt: Ermäßigungen im ÖPNV, Vergünstigungen in kulturellen Einrichtungen, Qualifizierungsmöglichkeiten und abgeschlagen öffentliche Ehrungen.

- Solidaritätslandkarte: Einen einfachen Zugang zu Informationen bietet die Solidaritätslandkarte (Internet Datenbank). Inhaltlich bietet sie Übersicht und Orientierung im Bereich des Bürgerengagements in der Stadt. Als neue Kommunikationsplattform fördert sie die Vernetzung. Bürger/innen, Vereine und Organisationen können mit Hilfe der Solidaritätslandkarte Initiative ergreifen und direkte Kontakte pflegen. Entsprechend des Prinzips der bürgerschaftlichen Selbstbestimmung sollen die Nutzer der Datenbank selber über die Einträge

bestimmen und die Daten auch selber pflegen. Die Solidaritätslandkarte wird Ende 2001 im Internet unter www.ulm.de für alle zugänglich sein.

Die in der Sozialagenda formulierten acht Leitlinien werden wie auch die Umweltleitlinien und Kulturleitlinien in einen gemeinsamen Zielekatalog der lokalen Agenda 21 für die Nachhaltigkeit in Ulm einfließen.

Bei den Akteuren besteht nach wie vor ein starkes Interesse an den Beteiligungsprozessen. So sind die Sitzungen des Fachbereichsausschusses Soziales überdurchschnittlich gut besucht, wenn Themen/ Projekte der Sozialagenda behandelt werden. In verschiedenen Teams arbeiten damals beteiligte Akteure an der Realisierung der Projekte engagiert mit. Die Zielsetzung alle Akteure nachhaltig zu beteiligen ist zwei Jahre nach dem Sozialdiskurs erreicht. Mittelfristig gilt es nach und nach die vorgeschlagenen Projekte zu überprüfen und unter der Beteiligung der Akteure umzusetzen. Insgesamt ist das vernetzte Arbeiten gefördert worden. Eine Reihe neuer Kooperationen zwischen den Bürgerzentren und Sportvereinen ist entstanden. Spontan boten sich bei den Veranstaltungen Bürger für Konversationsrunden mit Spätaussiedlern und Ausländern an. Oftmals

haben auch Einrichtungen ganz neue Gemeinsamkeiten entdeckt. So kooperiert jetzt eine Methodistengemeinde mit einem Mädchen- und Frauenladen. Auch wurden vorgeschlagene Projekte wie z.B. die Bündelung sozialer Einrichtungen noch während des Prozesses in Form einer Arbeitsgemeinschaft Soziales umgesetzt.

Zukünftig muss die Einbindung, die Verankerung des Sozialen in den Prozess der lokalen Agenda 21 verstärkt werden. Die erarbeiteten Leitlinien der Sozialagenda sind künftig auf alle Projekte der lokalen Agenda anzuwenden. Die punktuelle Zusammenarbeit der Lokalen Agenda 21 und des Ulmer Dialogmodells der Gemeinwesenarbeit ist zu intensivieren. Beide Prozesse sollten unter dem gemeinsamen Leitbild der »Nachhaltigen Bürgerkommune« weiterentwickelt werden.

Sozialagenda - Ulm

Ansprechpartner:

Ralf Junginger, Fachbereich Jugend, Familie
und Soziales, Sozialplanung/ Bürgerschaftli-
ches Engagement

Schwambergerstraße 1

89073 Ulm

Tel: (0731) 161-5118

Fax: (0731) 161-1638

Email: r.junginger@ulm.de

Dokumentationen:

- <http://agenda21.ulm.de>
- Ulm - eine Stadt der Solidarität: Empfeh-
lungen der Bürgergruppe
- Ulm - eine Stadt der Solidarität: Empfeh-
lungen von Interessengruppen, Stadt-
teilprojekten, Politik und
- Verwaltung
- Ulm - eine Stadt der Solidarität: Dokumen-
tation der Abschlussveranstaltung